



PARTEITAG

Freiheitliche

Ordnung der

7067

Wirtschaft



Dr. Heinrich Deist

Dr. Heinrich Deist

Dr. Hermann Veit

Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft

Die in dieser Broschüre veröffentlichten Referate wurden gehalten auf dem Parteitag der SPD, der vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart stattfand.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Dr. Hermann Veit



In wirtschaftspolitischer Hinsicht hatte der Stuttgarter Parteitag der SPD vom Mai 1958 einige Aussagen des Dortmund-Berliner Aktionsprogramms von 1952 und 1954 zu verdeutlichen, die in der Partei selbst und in der breiteren Öffentlichkeit mißverständlich geblieben waren. In diesem Lichte sind die nachstehend wiedergegebenen Referate von Dr. Hermann Veit und Dr. Heinrich Deist zu sehen. Die beiden Referate wurden zusammen mit der vom Parteivorstand in Antrag 204 eingebrachten EntschlieÙung „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft“ diskutiert. Wenn diese EntschlieÙung nach ausgiebiger Diskussion schließlich von einer überwältigenden Mehrheit des Parteitages angenommen wurde, so war das vornehmlich den beiden Referaten, insbesondere aber dem Schlußwort von Dr. Deist zu verdanken, dessen Überzeugungskraft Dr. Veit auf das eigene Schlußwort verzichten ließ.

In der EntschlieÙung bekennt sich die SPD noch einmal zum Privateigentum und auch zum Gemeineigentum, die beide wichtige Aufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft zu erfüllen haben. Diesem Bekenntnis liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Struktur der modernen Wirtschaft aus freier privater Wirtschaft, freier Gemeinwirtschaft und öffentlicher Wirtschaft geformt ist. Die Konzentrationsbewegung zum Groß- und Riesenunternehmen wird ebenso klar erkannt wie die Bedeutung von dessen überlegener Produktivkraft für die erstrebte Steigerung des Sozialprodukts und für die Erhöhung des Lebensstandards. Zugleich üben jedoch diese Mammutunternehmen wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht aus. Diese muß nicht nur durch demokratische Organe kontrolliert werden, sondern ihr ist über die Millionen kleiner und mittlerer, durch gemeinwirtschaftliche und

öffentliche Unternehmen entgegenzuwirken. So werden Existenz und Aufgaben dieser Unternehmen nicht ideologisch, sondern von den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Funktionen her begründet.

Schließlich ist die Doktrin des Gemeineigentums vom Makel des Dogmatischen dadurch befreit worden, daß sie mit den Erfordernissen einer künftigen Energieversorgung an Kohlebergbau und Kernenergie beispielhaft gemacht wurde.

Die beiden Referate und die EntschlieÙung zur Wirtschaftspolitik auf dem Stuttgarter Parteitag haben klargemacht, daß die SPD das Privateigentum auch an den Produktionsmitteln vertritt, nicht alle Produktionsmittel verstaatlichen oder sozialisieren will, jede Art von Zentralverwaltungswirtschaft nicht nur ablehnt, sondern bekämpft. Die von ihr gewollte Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft setzt Freiheit überall im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben voraus.

Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft

Dr. Heinrich Deist behandelte in seinem Referat die Ziele und Aufgaben der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

Er erklärte:

Ich habe heute ein Gebiet zu behandeln, das verhältnismäßig trocken und nüchtern ist, und das leider, muß ich sagen, in den letzten Jahren in der Sozialdemokratie stark vernachlässigt worden ist. Das wiegt besonders schwer in einer Partei, an deren Beginn die Erkenntnis stand, wie wichtig ökonomische Fragen für das gesellschaftliche Leben sind. Ich habe mich dazu noch mit einem Spezialproblem aus dem großen Gebiet der Wirtschaftspolitik zu befassen, nämlich mit den Ordnungsgrundlagen der Wirtschaft. Ein ganz spezieller Bereich! Aber ich brauche nur drei Stichworte zu sagen, um klarzumachen, welche Bedeutung diese Fragen doch für uns als sozialistische Bewegung haben: persönliches Eigentum, öffentliche Kontrolle und Gemeineigentum.

Wer die Geschichte der Sozialdemokratie kennt, weiß, wie auf allen großen Parteitagungen um diese Fragen gerungen worden ist. Letztlich geht es auch bei diesen Diskussionen um den Kern sozialistischer Vorstellungen. Es geht um die Frage, ob es einen wesentlichen Unterschied gibt zwischen der sozialistischen Bewegung und allen jenen anderen politischen Bewegungen, die — ob nach Katastrophen oder ohne Katastrophen — ohne Schwierigkeiten in der Lage sind, mit neuem Firmenschild und neuem Programm vor die nicht einmal sehr erstaunte Öffentlichkeit zu treten. Es geht um die Frage: Gibt es für den Sozialismus letzte Ziele, letzte Grundwerte, die ihn von anderen politischen Bewegungen unterscheiden, und werden sie in unserer täglichen politischen Praxis beachtet? Und weil es um das Grundproblem geht, und weil wir diese Frage als sozialistische Bewegung ernst nehmen müssen, darum sollten wir

uns kurz einmal Klarheit darüber verschaffen: Was ist das letzte Ziel sozialistischer Bewegung, das unabdingbar sein müßte? Gibt es einen besonderen Weg der sozialdemokratischen Bewegung zu diesem Ziel, der vielleicht diskutierbar sein könnte? Und was sind Mittel auf diesem Weg, Mittel, die sich immer nach der jeweiligen Situation richten müssen und einzig an dem Kriterium gemessen werden können, ob sie geeignet sind, uns auf dem Wege zum Ziele vorwärts zu bringen.

Ziel, Weg und Mittel sozialistischer Politik

Letzte Ziele pflegen irgendwie Leitbilder zu sein. Das heißt: sie entziehen sich der Erfassung in festen Begriffen und in starren Formeln. Aber all das, was wir unter Sozialismus verstehen, kreist im Grunde genommen um zwei Dinge. Einmal um die Achtung vor der Würde des Menschen, die einschließt, daß alle Menschen letzten Endes ein Anrecht auf gleiche Achtung haben, und zweitens um die Freiheit des Menschen; das heißt: die Freiheit eines jeden einzelnen, in dieser Welt sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu können. Wenn wir die programmatischen Kundgebungen der Sozialdemokratie verfolgen, dann finden wir vom Kommunistischen Manifest bis zum Entwurf des Grundsatzprogramms diese letzten Grundwerte sozialistischer Überzeugung bestätigt. Das Kommunistische Manifest spricht von einer Gesellschaftsordnung, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Und in unserem Grundsatzprogramm heißt es in dem ersten Satz zu den Grundwerten: „Der Sozialismus will eine Welt gestalten, in der die Würde des Menschen unantastbar ist, und in der es dem Menschen möglich und erlaubt ist, sein Leben in Freiheit verantwortlich zu führen.“ Diese Freiheit in der Wirklichkeit von heute zu gestalten, das ist die große und letzte politische Aufgabe der sozialistischen Bewegung. Darum haben wir stets gegen politische Unterdrückung und gegen wirtschaftliche Ausbeutung gekämpft. Darum kämpfen wir heute insbesondere gegen den gesellschaftlichen Zwang, der uns mit tausend Fasern fast unbemerkbar und überall erfaßt. Und darum kämpfen wir für mehr Freizeit! Nicht, weil wir meinen, es müsse weniger gearbeitet werden, sondern weil wir mehr freie Zeit für die Menschen haben möchten, in der sie ihr Leben in Freiheit und eigener Verantwortung gestalten können. Diese Freiheit ist letztes und unabdingbares Ziel des Sozialismus. Niemand hat ein Recht, dieses große Ziel der politischen Gestaltung eines freiheitlichen Lebens

dadurch abzuwerten, daß er zeitbedingte Mittel zum Selbstzweck aufwertet.

Und der Weg des Sozialismus? Die Geburtsstunde der modernen Arbeiterbewegung fällt zusammen mit dem Kommunistischen Manifest und der großen Zeit von Marx und Engels. Seit dieser Zeit wissen wir, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist; das heißt, daß er wesentlich durch seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwelt beeinflusst und geprägt wird; oder, wie Karl Marx es formulierte: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, das gesellschaftliche Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Das scheint mir einer der wesentlichen Punkte sozialdemokratischer Politik zu sein: der Weg zur Befreiung der Menschen, insbesondere der Weg zur Befreiung der aufstrebenden arbeitenden Schichten kann nur über eine Umgestaltung dieser Umwelt, über eine Neugestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft gehen. Diese Erkenntnis ist heute so wahr wie vor hundert Jahren. Sie ist ein wesentliches Element der sozialistischen Vorstellungswelt. Wir wissen heute, daß es sich hierbei um einen langfristigen Prozeß handelt. Und jede Zeit stellt neue Probleme. Darum heißt es in unserem Aktionsprogramm so treffend: „Der Sozialismus wird stets Aufgabe bleiben“.

Wir sollten uns aber an einer solchen Formulierung nicht nur beirren: sie enthält eine Verpflichtung. Die Verpflichtung, daran zu denken, daß die Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft täglich, ja stündlich, durch die wirtschaftliche und die wirtschaftspolitische Praxis gestaltet werden.

Durch dieses Bekenntnis zu bewußter politischer Umgestaltung der Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden wir uns auf der einen Seite von jenen Utopisten, die da glauben, der Appell an das Gute reiche aus zum Wandel der Welt. Wir unterscheiden uns aber auch von allen Liberalisten, die da meinen, es genüge, gewisse Randbedingungen der Wirtschaft zu korrigieren; dann werde schon der autonome Ablauf der Wirtschaft zu allseitiger Harmonie, zu Freiheit und Gerechtigkeit führen.

Dieses Bewußtsein, daß unsere Vorstellung von der konkreten Freiheit des Menschen nur verwirklicht werden kann über die Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens, gehört zu den wesentlichen Elementen sozialistischer Politik. Alles andere dürfte jedoch unter den Begriff der Mittel der Politik fallen, die nur daran zu messen sind, ob sie geeignet sind, uns vorwärts zu bringen.

Zu dieser Frage der Mittel sozialistischer Politik: Die Sozialdemokratie befindet sich seit etwa vierzig Jahren in der Phase der Ver-

wirklichung ihrer Vorstellungen. Seit die Sozialdemokratie in Deutschland einen festen Stamm treuer Anhänger von mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten hat, da sie sich anheischig macht, um die politische Macht, das heißt um die Mehrheit zu kämpfen, kann sie sich nicht damit begnügen, Zukunftsvisionen aufzustellen oder auch nur grundlegende Ordnungsprinzipien zu entwickeln, sondern sie muß Klarheit über ihr praktisches politisches Handeln schaffen.

Der Gang der politischen Entwicklung in den letzten vierzig Jahren legt uns hier besondere Verpflichtungen auf. In diesen vierzig Jahren haben politische Bewegungen, die letzten Endes den gleichen Ursprung haben wie unsere freie sozialistische Bewegung, die Herrschaft über große Teile der Welt erlangt, in denen sie die menschliche Freiheit mißachten und damit das letzte Ziel und die letzte Aufgabe des Sozialismus verleugnen.

Daraus ergibt sich für uns die eindeutige Verpflichtung, klarzumachen, daß wir alle politischen Mittel ablehnen, die die Freiheit letzten Endes in Frage stellen. Es war niemand anders als Rudolf Hilferding, der das in einer ausgezeichneten Arbeit über „Das historische Problem“ sehr deutlich dargelegt hat. In dieser Arbeit, die er kurz vor seinem Tode in der Emigration schrieb, befaßte sich Hilferding mit dem Phänomen, daß es dem Staat gelungen war, die freie Wirtschaft — er spricht von der autonomen, sich selbst regulierenden Wirtschaft — unter sein Kommando zu bringen und damit der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Politik neue Ausgangspunkte zu geben — und mit den Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. Rudolf Hilferding kommt in dieser lesenswerten Arbeit zu folgendem Ergebnis:

„Mit dieser sich selbst regulierenden Wirtschaftsform und ihrer Autonomie unlösbar verbunden, weil auf ihr beruhend, sind die Rechte der Persönlichkeit, die freie Verfügung über die Produktionsmittel, über die Arbeitskraft, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die freie Ausübung der Wissenschaft, die Meinungsfreiheit. Indem der Staat die Autonomie der wirtschaftlichen Gesellschaftssphäre aufhebt, hebt er zugleich die persönlichen Rechte auf.“

Das ist ein ernstes Wort. Es besagt nämlich kurz: Es gibt kein demokratisches Gemeinwesen, und es gibt keine freie Gesellschaftsordnung, wenn nicht auch in der Wirtschaft als dem wichtigsten gesellschaftlichen Lebensbereich ein großes Maß von Freiheit gesichert wird. Je größer der Zwang, um so geringer die Möglichkeit zur Entstehung demokratischen Bewußtseins, um so geringer die Möglichkeit zu demokratischer Meinungsbildung. (Beifall.)

Durch dieses Bekenntnis zu freiheitlicher Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden wir uns eindeutig von allen kommunistischen Vorstellungen.

Lassen Sie mich aber zur Vermeidung von Mißverständnissen noch ein Wort sagen. Das mir gestellte Thema heißt „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft!“ Es trägt ein Ausrufezeichen: Es ist nicht das Bekenntnis zu einem Zustand, wie wir ihn heute vor uns haben. Es ist die Forderung an die Gegenwart, die Wirtschaft so zu gestalten, daß sie wirklich den Ehrennamen einer freiheitlichen Wirtschaft verdient. (Beifall.)

Dazu gehört eine wirksame Umgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Dabei kann man nicht an der Oberfläche bleiben, sondern muß tief in die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit eingreifen. Erst so schaffen wir die Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Auseinandersetzung mit unfreien, insbesondere mit kommunistischen Lebensvorstellungen. Diese Auseinandersetzung wird letzten Endes nicht durch Schwert und Schild entschieden. Entscheidend wird sein, ob die freie Welt in der Lage ist, eine gesündere wirtschaftliche, soziale und damit auch kulturelle Ordnung zu schaffen. Damit schaffen wir erst die Voraussetzung, unter der wir diese weltweite Auseinandersetzung bestehen können.

Die Machtstruktur der Wirtschaft

Aus diesen drei Feststellungen über Ziel, Weg und Mittel sozialistischer Politik ergeben sich ganz bestimmte Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie; Konsequenzen, die — wie ich einschalten möchte — nicht neu sind, die in der geistigen Auseinandersetzung mit den Nachkriegsproblemen in unserer Partei bereits vor Jahren gezogen wurden und die im Aktionsprogramm, im Dortmunder Aktionsprogramm und in der Berliner Neufassung, ihren Niederschlag gefunden haben. Darum ist auch das, was ich hier zu sagen habe, nichts Neues. Aber wer den letzten Wahlkampf verfolgt hat, dem ist sehr deutlich geworden, daß diese Konsequenzen weder uns noch der Öffentlichkeit wirklich klar geworden sind. Mir scheint, die Zeit, in der wir über tatsächliche oder vielleicht sogar nur vermeintliche Auffassungsunterschiede mit unverbindlichen Kompromißformeln hinweggehen konnten, ist vorbei. Es kommt entscheidend darauf an, daß wir uns zu diesen Konsequenzen auf wirtschaftspolitischem Gebiet klar und unmiß-

verständlich bekennen. Von dieser Klarheit hängt ein groß Stück Glaubwürdigkeit der Partei ab. (Beifall.)

Wer Wirtschaft und Gesellschaft gestalten will, der muß sich zunächst mit der Struktur unserer heutigen Wirtschaft befassen. Ich möchte hier — in aller Kürze — zwei zunächst einmal gegensätzliche Feststellungen treffen. Das Gesicht unserer Wirtschaft wird im wesentlichen durch den starken Konzentrationsprozeß innerhalb der modernen Wirtschaft und damit durch die ständig wachsende Zahl von Großunternehmungen bestimmt. Es gibt zahlreiche wichtige Wirtschaftsbereiche, deren Entwicklung im wesentlichen durch einige wenige große Unternehmungen bestimmt ist. Das gilt heute nicht nur für Industrien wie Kohle, Stahl, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie und Elektrotechnik. Der Zug zum Großunternehmen hat inzwischen auch das ganze große Gebiet der Gebrauchsgüter-, der Nahrungsmittel- und der Genußmittelindustrie erfaßt. Wenn Margarine zu 70 Prozent von einem internationalen Konzern produziert wird, wenn die Waschpulverproduktion zu 90 Prozent bei zwei Firmen, nämlich bei Sunlight und Henkel, liegt, wenn 60 Prozent der Zigarettenerzeugung auf einen großen Konzern, nämlich Reemtsma, entfallen, so sind dies alles Zeichen dafür, wie stark die Struktur der ganzen Wirtschaft durch diese riesigen Großunternehmungen bestimmt wird.

Heute schätzt man, daß etwa 60 bis 70 Prozent der gesamten industriellen Produktion aus Großunternehmen stammen. Diese großen Unternehmungen haben die stärksten Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung. Von ihnen hängt die ständige Ausweitung der Wirtschaft ab. Auf ihrer Leistungsfähigkeit beruht letzten Endes die Fähigkeit der Wirtschaft zu einer stetig zunehmenden Steigerung des Lebensstandards. Infolgedessen sind diese Großunternehmungen unverzichtbare Bestandteile der modernen Wirtschaft. Damit soll nicht jede Konzentration gerechtfertigt werden, denn häufig sind nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch der Machtwille der leitenden Männer von Bedeutung.

Diese Großunternehmungen sind nämlich nicht nur für den Wirtschaftsprozeß unentbehrlich, sondern sie sind Kommandostellen, deren Inhaber — insbesondere mit Hilfe eines weitmaschigen Netzes von Fach- und Interessenverbänden, das die ganze Wirtschaft überzieht — über Macht verfügen:

über wirtschaftliche Macht; denn wer in diesen Industriezweigen nicht gleich groß und gleich leistungsfähig ist, hat nicht mehr gleiche Chancen im Wettbewerb, ist nicht gleich frei in seiner Entwicklung;

über wirtschaftspolitische Macht; denn in diesen Industriebereichen bestimmen die marktbeherrschenden Unternehmungen durch die Regulierung von Angebot und Nachfrage und durch die Festsetzung der Preise ein gutes Teil des Konjunkturverlaufs; das berührt die Wirtschaftspolitik, die unter die Verantwortung der wirtschaftspolitischen Führung fällt;

schließlich verleihen diese Kommandostellen gesellschaftliche und politische Macht; die Geschichte der deutschen Innenpolitik seit dem Jahre 1948 liefert eine einzige Kette von Beweisen für diese Behauptung.

Aber unabhängig von der Feststellung, daß die Entwicklung der Großunternehmungen die Machtstruktur der modernen Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt, ist eine Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen: In dieser modernen Wirtschaft arbeiten auch heute noch Millionen kleiner und mittlerer Betriebe, in denen etwa 50 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten. Das sind Betriebe, bei denen das private Eigentum die Grundlage ihrer Unabhängigkeit ist — wir wissen, daß diese Unabhängigkeit begrenzt ist; bei denen das private Eigentum die Grundlage ihrer Bewegungsfreiheit ist — wir wissen, daß auch diese Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt ist. Aber immerhin wird diese Freiheit im Wirtschaftsleben als ein Wert empfunden, der durch die Entwicklung zur Großwirtschaft bedroht ist. Aus diesem Tatbestand haben wir in unserem Aktionsprogramm die Konsequenz gezogen, diese mittleren und kleineren Unternehmen, diese Schicht von selbständig Schaffenden zu fördern und zu unterstützen und ihr Privateigentum anzuerkennen. Diese mittleren und kleineren Unternehmungen sterben auch nicht aus. Sie sind offenbar als Schicht auch nicht zum Aussterben bestimmt. Immer wieder fallen kleinere und mittlere Unternehmen dem Konkurrenzkampf mit den großen zum Opfer. Aber immer wieder ergeben sich neue Arbeitsgebiete und Betätigungsfelder für kleine und mittlere Unternehmungen. Es scheint beinahe so, als wenn die weitere Rationalisierung und Automatisierung der Wirtschaft neue Möglichkeiten für mittlere und kleine Unternehmen erschließt. Tendenziell setzt die Automation Arbeitskräfte frei. Außerdem ergeben sich aus der steigenden Produktivität Möglichkeiten zu einer Steigerung des Lebensstandards, die neue Bedürfnisse und damit Nachfrage nach neuen Gütern und neuen Dienstleistungen hervorbringen können. Damit werden mittlere und kleinere Unternehmungen neue Betätigungsfelder finden. Sie werden auch in Zukunft nicht wesentlich zur Steigerung der Massenerzeugung und damit zur Erhöhung des Sozialprodukts beitragen. Aber sie werden sehr viele Güter und Leistungen erstellen, mit denen die Menschen ihr

Leben bei erhöhtem Lebensstandard schöner und lebenswerter gestalten können. Und mit der großen Zahl von Beschäftigten, die in ihnen tätig sind und sein werden, behalten sie — jedenfalls, soweit wir die Entwicklung absehen und beeinflussen können — eine große gesellschaftspolitische Bedeutung, die wir nicht verkennen sollten.

Eine dritte Feststellung: In dieser Wirtschaft gibt es außerdem noch andere Unternehmungsformen: die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und die öffentlichen Unternehmungen. Wir hoffen sehr, daß der Kreis der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, der ein neues Wirtschaftsprinzip in die Wirtschaft einführt, immer größer wird. Die öffentlichen Unternehmungen haben gerade dort, wo natürliche Monopol- oder Oligopol-Situationen drohen, die wichtige Aufgabe, den Wettbewerb zu stärken und der einseitigen Marktbeherrschung durch Großunternehmungen entgegenzuwirken.

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist: Wir haben vor uns nicht eine einheitliche Wirtschaft mit einheitlicher Struktur, sondern eine gemischte Wirtschaft mit zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmungen, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Unternehmungen der öffentlichen Hand, die Ausgangspunkte für etwas mehr freie Bewegung in der Wirtschaft und Werkzeuge zur Eingrenzung der Macht der Großunternehmungen sein können.

Aus diesem Tatbestand, meine ich, sollten wir die erste Konsequenz klar und unmißverständlich ziehen. Sie muß meines Erachtens dahin lauten:

Für eine Partei, die bei Millionen kleinerer und mittlerer Unternehmungen das Privateigentum als Grundlage ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anerkennt, für eine Partei, in der wichtige Teile — ich erinnere an das Programm der DAG — privates wirtschaftliches Eigentum der Arbeitnehmer erstreben, für eine solche Partei kann die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht mehr zentrale Forderung und Angelpunkt ihres wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programms sein.

Diese Konsequenz wurde bereits in unserem Aktionsprogramm gezogen. Aber ich meine, wir sollten Wert darauf legen, daß wir in unserer Haltung und in dem Vokabularium, das wir draußen verwenden, diesen Tatbestand nicht verwischen. (Beifall.)

Das zentrale Problem sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist heute die wirtschaftliche Großmacht.

Drei Aufgaben sozialistischer Wirtschaftspolitik

Ich möchte hier gleich eine zweite Konsequenz anschließen:

Wenn es richtig ist, daß die Wirtschaft keine einheitliche Struktur hat, sondern vielschichtig ist, dann gibt es für die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme keine Allheilmittel.

Heilslehren sind hervorragend geeignet, den Gläubigen Trost zu spenden. Sie sind aber in der Regel ungeeignet, die Probleme des Diesseits wirklich zu lösen. Darum sollten wir uns freimachen von der Monomanie, immer nur auf die institutionellen Fragen der Wirtschaft zu starren, als wenn sozialistische Wirtschaftspolitik sich darin erschöpfte, die Frage zu lösen, welche Bedeutung das Eigentum hat. Der Vielschichtigkeit der modernen Wirtschaft drängen sich so große und so viele Probleme auf, daß wir das ganze umfangreiche und vielfältige Instrumentarium der modernen Wirtschaftspolitik benötigen, um dieser Wirtschaft wirklich Herr zu werden. Ich möchte das besonders betonen. Es scheint mir wichtig, daß wir uns absolut klarmachen, welchen Platz und welche Bedeutung die Probleme Privateigentum, öffentliche Kontrolle und Gemeineigentum im Rahmen unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben.

Im Vordergrund des sozialistischen Wirtschaftsprogramms steht die Forderung nach einer aktiven Wirtschaftspolitik, die eine stetige Ausweitung der Wirtschaft, Vollbeschäftigung und Steigerung des Lebensstandards sichert. Die großen Aufgaben, die wir uns auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet gestellt haben, wären einfach nicht zu lösen, wenn wir nicht eine solche, auf steigender Produktivität aufgebaute Wirtschaftsentwicklung sichern könnten. Darum sind wir Sozialdemokraten — und auch das scheint mir zur Klarlegung in der Öffentlichkeit wichtig — aus innerer Notwendigkeit eine Partei des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wir sollten diese Aufgabe nicht gering achten, denn durch die tägliche Wirtschaftspolitik, insbesondere durch die Konjunkturpolitik, werden die wirtschaftlichen Grundlagen in einem Ausmaß verändert, von dem wir uns manchmal wohl keine genügende Vorstellung machen.

Die zweite Aufgabe, die vor uns steht, heißt: gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung!

Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß die traditionellen Methoden der Finanz-, der Steuer-, der Sozial- und der sonstigen Wirtschaftspolitik nicht ausreichen, um wirklich

eine ernsthafte Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung herbeizuführen. Das Problem ist sehr vielschichtig. Niemand hat bereits eine Endlösung, ein Rezept zur Hand. Aber wir werden diesem Problem gesteigerte Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir müssen es kurzfristig lösen — es liegt auf dem Tisch. Auch diesem Problem kommt zentrale Bedeutung zu; denn durch die Eigentums- und Vermögensverteilung wird das materielle Fundament gelegt, von dem Bedeutung und Rang des einzelnen Menschen und der freien gesellschaftlichen Gruppen abhängen.

Für die Führung einer solchen Wirtschaftspolitik brauchen wir eine Ordnungsgrundlage.

Die Freiheit als Bestimmungsgrund der Mittelwahl

Für eine freiheitliche sozialistische Bewegung kommt nur eine freiheitliche Ordnung der Wirtschaft in Frage. In diesem Teilstück sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist auch die Frage nach der Bedeutung des Eigentums zu beantworten. Dabei möchte ich von einer fundamentalen Feststellung ausgehen, die ich am Anfang meiner Ausführungen getroffen habe. Sie lautete: Wer die Freiheit als einen absoluten Wert und eine unabdingbare Voraussetzung aller Menschenwürde anerkennt, der muß darauf achten, daß er nicht durch die Anwendung ungeeigneter politischer Mittel entscheidende Grundlagen einer freien Gesellschafts- und Staatsordnung in Frage stellt.

Heute wird man sagen können, daß die Freiheit der Individuen und die Freiheit der gesellschaftlichen Gruppen durch allzu große staatliche Machtkonzentration in gleicher oder ähnlicher Weise bedroht wird wie durch übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht. (Lebhafter Beifall.)

Je größer die staatliche Macht und je größer der staatliche Einfluß in der Wirtschaft ist, um so geringer sind die Möglichkeiten freier Entfaltung. Wo der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft — wie in den Diktaturen — bis zum Exzeß getrieben wird, da ist er gleichbedeutend mit dem Verlust aller politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Die wirtschaftliche Machtkonzentration aber hat heute schon ein Ausmaß erlangt, das nicht nur die freie Entwicklung der Wirtschaft, sondern die Grundlage unserer demokratischen Staatsordnung bedroht. Aus diesen Feststellungen möchte ich mit zwei Sätzen eine dritte Konsequenz ziehen.

Sie lautet:

So groß die Verantwortung des Staates für eine gesunde wirtschaftliche Ordnung im Interesse einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist — nicht mehr Staat als nötig! Und in der Wirtschaft: soviel Freiheit als nur irgend möglich! (Lebhafter Beifall.)

Darum muß das Ordnungsprogramm der Sozialdemokratie zumindest folgende fünf wichtige Punkte enthalten:

Eine konstruktive Mittelschichtenpolitik, die weit entfernt sein muß von der Konservierung all dessen, was an mittelständischen Betrieben heute vorhanden ist; eine konstruktive Mittelschichtenpolitik, die auf der grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums der mittleren und kleineren Unternehmungen beruht; Förderung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, die an die Stelle des Prinzips der Gewinnerzielung das fruchtbare Prinzip gemeinwirtschaftlicher Bedarfsdeckung stellen und damit Träger einer neuen Wirtschaftsgesinnung sind;

wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand überall dort, wo öffentliche Unternehmungen das einzige Gegengewicht gegen die Vermachtung ganzer Industriezweige bilden;

weitgehende Publizität zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, damit in der breiten Öffentlichkeit ein waches Gefühl für die Bedeutung und Gefahr wirtschaftlicher Macht entwickelt und Verständnis für die Notwendigkeit politischer Gegenmaßnahmen geweckt wird;

als letztes, fünftes und nicht unwichtiges Element: Öffentliche Kontrolle der Kommandostellen der Wirtschaft.

Diese fünf Punkte sind gleichwertige Bestandteile einer einheitlichen sozialistischen Wirtschaftspolitik, deren Ziel es ist, in der Wirtschaft größtmögliche Freiheit für alle zu erreichen.

Die mittleren und kleineren Unternehmungen haben ihren Platz behauptet und werden ihn als Schicht auch in Zukunft bewahren.

Die Bedeutung der freien Gemeinwirtschaft wird — und das möchte ich hier ganz deutlich aussprechen — in Deutschland noch nicht genügend erkannt. Es ist kein Ruhmesblatt für uns, daß die Organisationen der freien Gemeinwirtschaft in Großbritannien und in den nordischen Staaten eine viel größere Rolle spielen als bei uns in Deutschland. Auf der einen Seite müßten unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, wenn es ihnen mit einer konkreten Gestaltung der Wirtschaft ernst ist, viel intensiver und viel konstruktiver ar-

beiten. Auf der anderen Seite sollten alle die, die sich mit Worten als Anhänger einer freien Wirtschaftsordnung bekennen, erkennen, wie wichtig eine große Zahl freier gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen für eine freiere Gestaltung der modernen Wirtschaft ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Mittelpunkt der Erörterung stehen heute die öffentlichen Unternehmungen. Wir sind soeben durch das Telegramm aus Hamburg an das Schicksal eines großen und wichtigen Unternehmens des Bundes, nämlich der Howaldt-Werke, erinnert worden. Die Bundesregierung ist offenbar bereit, wesentliche Teile der öffentlichen Wirtschaft um jeden Preis — ich sage das sehr deutlich: um jeden Preis — an private Kräfte auszuliefern. Dabei muß sie wissen — sie, die immer von Freiheit und von Wettbewerb in der Wirtschaft spricht — welche Bedeutung gerade die öffentlichen Unternehmungen in einer Wirtschaft haben, in der nicht mehr sehr viel Freiheit vorhanden ist. Der Versuch der Bundesregierung, große Teile der öffentlichen Wirtschaft privater Hand auszuliefern, bringt die Gefahr mit sich, daß wichtige Elemente des Wettbewerbs ausgeschaltet und damit bedeutsame Wirtschaftsbereiche der einseitigen Beherrschung durch einige wenige private Großfirmen ausgesetzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Darum erheben wir mit aller Deutlichkeit Einspruch gegen ein solches Vorhaben, das wichtige Interessen der Allgemeinheit außer acht läßt. Darum begrüßen wir den Widerstand, der in diesen öffentlichen Unternehmungen insbesondere von der Arbeitnehmerschaft gegen die unverantwortlichen Pläne der Bundesregierung geleistet wird. (Lebhafter Beifall.)

Kontrolle der wirtschaftlichen Großmacht

Damit komme ich zum nächsten Kapitel, der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht. Ich möchte auch hier aus meinen einleitenden Bemerkungen eine weitere Konsequenz ziehen:

Wenn es richtig ist, daß die Wirtschaft so vielfältig ist, wie ich es darstellte, wenn es richtig ist, daß die großen Unternehmungen im Hinblick auf ihre Größe, ihre Macht und ihre wirtschaftliche Bedeutung sehr verschieden zu bewerten sind, dann kann es kein allgemein gültiges Kontrollschema geben, sondern nur ein Bündel von Kontrollmöglichkeiten.

Aus dieser Erkenntnis müssen wir folgern: Wo normale Fachaufsicht in der Wirtschaft genügt, sollten nur Fachaufsichtsorgane tätig

werden. Wo Wettbewerbsbeschränkung und Marktbeherrschung eine Rolle spielen, muß eine wirksame Kartell- und Monopolaufsicht geschaffen werden. Wo darüber hinaus die Investitionen, das Absatzwesen und die Preisgestaltung im öffentlichen Interesse eine überbetriebliche Regelung verlangen, müssen besondere Kontrollorgane geschaffen werden. Wo alle diese Mittel nicht ausreichen, um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, eine gerechte Sozialordnung und die Grundlagen einer demokratischen Staatsordnung zu sichern, da muß Privateigentum in Gemeineigentum — als der stärksten Möglichkeit öffentlicher Kontrolle — überführt werden. In diesen begrenzten, aber für die Machtstruktur entscheidenden Bereichen der Wirtschaft hat das Gemeineigentum seinen legitimen Platz. Damit ergibt sich eine weitere Konsequenz:

Privateigentum und Gemeineigentum sind für den freiheitlichen Sozialisten keine sich ausschließenden Gegensätze; sie ergänzen und bedingen sich gegenseitig.

Wir leben in einer schnellebigen Zeit. Wer hätte im Jahre 1952, als wir das Dortmunder Programm beschlossen, gedacht, daß die Entwicklung der Atomenergie, die Frage: öffentliches oder privates Eigentum in einigen Jahren erneut auf die Tagesordnung stellen würde? Ob und welche Zweige der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden müssen, ist jeweils von dem Stand der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung abhängig. Wir sollten eine Methode finden, die uns und der Öffentlichkeit die Entscheidungsfreiheit für den Augenblick, in dem wirklich eine Entscheidung getroffen werden muß, in jeder Hinsicht wahrt. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, möchte ich sehr deutlich aussprechen:

Umfangreiche Sozialisierungskataloge sind für eine Partei, von der der Nachweis erwartet wird, daß sie praktische Wirtschaftspolitik zu betreiben in der Lage ist, keine brauchbaren Mittel der Politik.

Kataloge beruhigen sehr leicht die Gewissen, und — was viel schlimmer ist — je umfangreicher sie sind, um so unverbindlicher sind sie letzten Endes.

Auch hier darf kein Raum für Zweideutigkeiten bleiben. Es darf keinen Bruch geben zwischen unserer politischen Doktrin und unserer konkreten Politik. (Lebhafter Beifall.)

Zwischen unserer politischen Doktrin und dem konkreten Handeln darf es keinen Zwischenhandel mit Antiquitäten geben. Unser praktisches Handeln muß sich ohne Bruch aus unserer politischen Grundkonzeption ableiten lassen.

Dann ein weiteres: Politik ist eine konkrete Angelegenheit: Wenn wir der Öffentlichkeit deutlich machen wollen, daß dieser oder jener Industriezweig in Gemeineigentum überführt werden muß, dann genügt es nicht, das zu deklamieren und zu proklamieren, sondern dann müssen wir sehr deutlich und sehr konkret sagen, welcher Industriezweig und mit welchen Methoden er in Gemeineigentum überführt werden soll und wie er dann als Gemeineigentum wirtschaftlich geführt werden kann.

Schließlich ist die Überführung in Gemeineigentum ein wichtiger Akt gesellschaftlicher Neugestaltung. Deshalb haben wir immer gesagt, daß wir für einen so wichtigen Vorgang eine breite Mehrheit des Volkes wünschen. Wenn wir unser Wort und unseren Kampf um die politische Macht ernst nehmen, dann ist der Zeitpunkt für Entscheidungen in dem Augenblick gekommen, in dem wir an die Wähler appellieren. In einem solchen Augenblick genügen allerdings allgemeine Deklamationen nicht; dann müssen wir ein konkretes, gründlich vorbereitetes Programm vorlegen. Ein solches Verfahren zwingt aber auch zu ernsthaften Konsequenzen: wenn wir die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung erringen, sind wir auch wirklich zum Handeln verpflichtet. (Sehr richtiger Rufe.)

Eigentumsform und wirtschaftliche Leistung im Kohlenbergbau

In der augenblicklichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation gibt es ein großes Gebiet der Wirtschaft, auf dem die Frage Gemeineigentum konkret gestellt ist. Hier muß sie gelöst werden, und zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit. Das ist das Gebiet der Energiewirtschaft! Hier hat sich deutlich gezeigt, daß private Unternehmungen auf der Grundlage des Privateigentums einfach nicht mehr in der Lage sind, die energiewirtschaftlichen Probleme, die vor uns stehen, zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Das gilt in erster Linie für den Kohlenbergbau. Hier machen wir seit Jahren die merkwürdigsten Feststellungen. Seit Jahren kann der Kohlenbergbau in seiner privaten Form die ordnungsgemäße Versorgung der Verbraucher nicht mehr sicherstellen. Es ist ihm in privater Form einfach nicht möglich, Einfuhr und eigene Förderung sinnvoll aufeinander abzustimmen. Infolgedessen leiden bei hoher Konjunktur wichtige Verbraucher, wie die Versorgungswirtschaft und der Hausbrand, Not. Und wenn eine kleine Rezession, ein kleiner Konjunkturrückgang auftritt, werden plötzlich sinnlose und

unsoziale Feierschichten eingelegt. Jede Lohnverhandlung, und sei es die kleinste, macht bei dieser privaten Struktur des Kohlenbergbaues unendliche Schwierigkeiten. Und die Preispolitik der privaten Kartelle führt immer wieder zur Unzeit zu Preiserhöhungen, die das gesamte Preisniveau erschüttern.

Warum diese Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues? Sie sind in der Struktur der privaten Kohlenwirtschaft begründet.

Der deutsche Kohlenbergbau ist in zahlreiche zum Teil große und leistungsfähige, zum Teil kleine und leistungsschwache Unternehmungen zersplittert. Die kleineren Unternehmungen sind nicht einmal in der Lage, aus ihren Gewinnen die notwendigen Investitionen zu schaffen. Sie geraten immer stärker in technischen Rückstand und üben einen Druck auf die Preise nach oben und auf die Löhne nach unten aus. Was aber noch wichtiger ist: Der Kohlenbergbau ist in seiner Preisgestaltung allmählich an eine Grenze gekommen, die er nicht mehr wesentlich überschreiten kann. Einfuhrkohle und Heizöl werden zum Beispiel heute in vielen Teilen Deutschlands zu geringeren Preisen als deutsche Kohle angeboten. Das heißt: der Kohlenbergbau ist auf dem privatwirtschaftlichen Wege der Preiserhöhung einfach nicht mehr in der Lage, sich die notwendigen Investitionsmittel zu sichern und einen angemessenen Lohnstandard der Bergarbeiter aufrechtzuerhalten. Der beste Beweis dafür ist die aus öffentlichen Mitteln gezahlte Bergarbeiterprämie.

Und ein dritter Grund: Kohlenbergbau — mancher mag das ungern hören — ist nur in langfristiger Planung zu betreiben.

Das Abteufen eines neuen Schachtes dauert zehn bis fünfzehn Jahre. Je Schachtanlage ist ein Kapitalaufwand von einer halben bis zu einer Dreiviertelmilliarde notwendig. Unter diesen Umständen stellt der private Kapitalmarkt dem Kohlenbergbau das erforderliche Kapital nicht zur Verfügung, weil er gar nicht weiß, wie die Energiewirtschaft — insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Mineralölwirtschaft und der Atomwirtschaft — in zehn bis fünfzehn Jahren aussehen wird, wenn der neue Schacht anfängt, voll zu fördern.

Und schließlich eine sehr ernste vierte Feststellung: Es kommen neue Energien auf den Markt. Die Produktivität der übrigen Wirtschaft steigt durch die Möglichkeiten der Rationalisierung und der Automatisierung sehr schnell. Der Kohlenbergbau wird — da bei ihm die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung begrenzt sind — relativ immer mehr hinter der übrigen Wirtschaft zurückstehen.

Er ist daher gezwungen, sich dieser Entwicklung im Rahmen eines langfristigen Energiewirtschaftsplanes anzupassen. Er muß möglicherweise auch seine Förderung anpassen, vielleicht ungünstige Zechenanlagen aufgeben, vielleicht an neuem Platz auf günstigerer Kohle neue Anlagen errichten. Ein solcher Umstellungsprozeß muß langfristig und systematisch geplant werden, wenn er ohne große wirtschaftliche Verluste und untragbare soziale Schäden erfolgen soll; denn wir möchten nicht, daß der Bergmann derjenige ist, auf dessen Rücken eine solche Entwicklung ausgetragen wird. (Beifall.) Der Bergmann steht in diesem Fall für uns als Repräsentant der gesamten Arbeitnehmerbewegung.

Diese kurze Übersicht zeigt deutlich: Alle diese Probleme können durch private Bergbauunternehmungen einfach nicht gelöst werden. Die Bundesregierung hat zwar, wie der Bundeswirtschaftsminister festgestellt hat, in der Vergangenheit Milliardenbeträge in den Bergbau hineingepumpt; aber sie hat nicht ein einziges Problem auch nur der Lösung näher gebracht.

Trotzdem verfügt dieser Bergbau über eine starke wirtschaftliche und politische Macht. Wir sollten das nicht verkennen. Er ist mit den anderen Grundstoffindustrien ein wesentlicher Bestandteil der Machtstruktur unserer modernen Wirtschaft; denn es steht nicht jede Gruppe allein in der Wirtschaft, ihre Macht beruht auf ihrem Zusammenwirken. Außerdem besteht im Bergbau seit über 65 Jahren ein Absatzmonopol; es gibt keinen freien Wettbewerb, sondern es gibt nur die geschlossene Verbandsmacht des gesamten Bergbaus. Darum wurde der Kohlenbergbau in den Jahren 1919 bis 1956 öffentlicher Kontrolle unterworfen. Zahlreiche Unternehmungsmaßnahmen — insbesondere die Preispolitik — waren von öffentlicher Genehmigung abhängig. Es war der Bundesregierung vorbehalten, im Jahre 1956 durchzusetzen, daß die öffentliche Kontrolle im Kohlenbergbau zum erstenmal seit etwa vierzig Jahren beseitigt und wichtige, die gesamte Wirtschaft berührende Entscheidungen einem privaten Kohlenkartell überlassen wurden. Aber nicht nur wirtschaftliche Macht hat dieser Kohlenbergbau, sondern auch politische Macht. Das beste Beispiel dafür bietet die letzte Kohlenpreiserhöhung. Damals machte sich der Bundeswirtschaftsminister auf den Weg nach Essen und wagte in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1957 eine Machtprobe mit dem Kohlenbergbau — die er ganz eindeutig verlor. Bei dieser Auseinandersetzung hat der Kohlenbergbau gezeigt, wer in der Kohlenpolitik die Macht in Händen hat, ob die Regierung oder die Verbände des Kohlenbergbaus. (Beifall.)

Ich möchte auch das deutlich sagen: Auch die Feierschichtenpolitik mit ihren willkürlichen und unsozialen Feierschichten, die letzten Endes wirkungslos und wirtschaftlich sinnlos sind, hat ganz offenbar viel mehr politische als wirtschaftliche Hintergründe.

Aus allen diesen Gründen können die entscheidenden Kohlenwirtschaftsprobleme und das Problem der unangemessenen Machtstellung des Kohlenbergbaus nur gelöst werden, wenn endlich die jedenfalls im Kohlenbergbau überholte und rückständige Form privater Wirtschaftsführung aufgegeben und der deutsche Kohlenbergbau — wie der Kohlenbergbau in den großen, freien Kohlenländern Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich — in Gemeineigentum überführt wird. (Beifall.)

Die Neuordnung der Energiewirtschaft

Der Kohlenbergbau ist nur ein Teil der Energiewirtschaft. Die neu aufkommende Atomwirtschaft sprengt den Rahmen der privaten Wirtschaft völlig. Die Ausbildung der Physiker, Chemiker und Ingenieure sowie Forschung und Entwicklung verlangen riesige finanzielle Mittel, die nur von der öffentlichen Hand aufgebracht werden können. Die Errichtung eines leistungsfähigen Atomkraftwerks erfordert einen Kapitalaufwand, der ebenfalls zu einem erheblichen Teil von der Öffentlichkeit getragen werden muß. Und im übrigen führt der Bau großer leistungsfähiger Atomkraftwerke zu der bisher größten Kapitalkonzentration; das heißt, wir werden auch in der Atomwirtschaft nur wenige große Kraftwerke mit einer riesigen Leistungsfähigkeit haben. Wer über sie verfügt, hat eine starke wirtschaftliche Machtstellung. Ich darf schließlich auf die bei der Atomenergieerzeugung entstehenden Strahlungsgefahren hinweisen. Niemand kann — ebensowenig wie Flugzeugunglücke und Eisenbahnkatastrophen — Katastrophen bei den Atomkraftwerken verhindern. Das Verhalten der privaten Wirtschaft — besonders in den mit hohen Gefahren verbundenen Industriezweigen — hat sehr deutlich gezeigt, daß private Unternehmungen nicht immer bereit sind, die im Interesse der Gesundheit und öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen. (Beifall.)

Darum gehören Atomkraftwerke ebenso wie Kernbrennstoffe in öffentliche Hand. (Beifall.)

Es gibt aber noch ein wichtiges drittes Kapitel der Energiewirtschaft! Die Mineralölwirtschaft der Welt wird von fünf großen internationalen Konzernen beherrscht, von denen drei durch Toch-

tergesellschaften den Mineralölmarkt in Deutschland bestimmen. Sie verfügen über riesige Rohölvorkommen, sie verfügen über große Welttankerflotten, sie verfügen über leistungsfähige Tankstellensysteme und sonstige Vertriebsmittel und haben damit erhebliche Macht. Wer auf sie angewiesen ist, befindet sich, wie wir es während der Suezkrise erlebt haben, in schwerer Abhängigkeit. Sie machen von dieser Macht auch Gebrauch! Ich erinnere an die Angriffe der Mineralölwirtschaft auf die Europäische Wirtschaftskommission, als diese sich erdreistete, die Ergebnisse einer Enquete zu veröffentlichen, aus der sich deutlich die Monopolstellung und der Einfluß der großen internationalen Ölkonzerne ergab. Ich erinnere an die Preispolitik der deutschen Mineralölkonzerne vor und nach der Suezkrise. Wir erleben heute, wie die Mineralölwirtschaft gegen das Frisia-Projekt des Herrn Duttweiler ankämpft. Und wir wissen schließlich, daß sich die Mineralölwirtschaft mit ihren Investitionsvorhaben rücksichtslos über alle langfristigen Energiewirtschaftsplanungen der europäischen und deutschen öffentlichen Stellen hinwegsetzt. Wenn irgend jemand die Mineralölwirtschaft zwingen kann, sich in eine konstruktiv geplante langfristige Energiewirtschaftspolitik einzugliedern, dann nur der Staat; denn nur er verfügt über die Mittel der Handelspolitik, der Zollpolitik, der Steuerpolitik, der Investitionspolitik und der Kartellpolitik. Außerdem ist er maßgeblich an großen Unternehmungen der Erdölförderung und Erdölverarbeitung beteiligt, die ein gewisses Gegengewicht schaffen können. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es unverantwortlich, daß die Bundesregierung heute sogar bereit ist, das einzige öffentliche Unternehmen, das über deutsche Rohölvorkommen verfügt, nämlich die PREUSSAG, an private Hände auszuliefern.

Das Ergebnis dieser kurzen Überlegungen ist eindeutig: Die Energiepolitik steht vor großen Aufgaben, deren Lösung für die künftige Entwicklung der gesamten Wirtschaft schlechthin entscheidend ist.

Sie hat eine ausreichende Energieversorgung in der Zukunft zu sichern; die konjunkturbedingte Kohlschwemme von heute ist kein Maßstab für die langfristige Entwicklung, die von einer Energielücke in der Zukunft bedroht ist.

Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß die verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft aufeinander abgestimmt werden und sich insbesondere ihre Investitionspolitik im Gleichklang entwickelt. Sie muß gewährleisten, daß das öffentliche Interesse — insbesondere auch das Verbraucherinteresse an einer rationellen Versorgung mit billiger Energie — ausreichend beachtet wird.

Wer den Umfang dieser energiepolitischen Aufgaben zutreffend ermißt, der weiß, daß diese Aufgabenstellung gebieterisch eine Neuordnung der Energiewirtschaft verlangt, deren Bestandteile sein müssen:

Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum;
Atomkraftverkehr nur in öffentlicher Hand;

Errichtung einer zentralen Stelle, die für eine planmäßige Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft verantwortlich ist.

Nur durch eine solche gemeinwirtschaftliche Ordnung lassen sich die energiewirtschaftlichen Probleme der Zukunft lösen.

Die gemeinwirtschaftliche Lösung

Uns wird häufig vorgeworfen: Wie ihr Privateigentum zerstört, das wißt ihr sehr gut; aber wie ihr einen Unternehmenszweig, den ihr in Gemeineigentum überführt habt, wirtschaftlich führen wollt, das Rezept habt ihr uns bis heute nicht verraten. — Nun, ein Wort zuvor: Wir überführen einen Industriezweig nicht aus Freude an der Beseitigung des Privateigentums in Gemeineigentum. Wenn wir die Kohle in Gemeineigentum überführen wollen, dann deshalb, weil zwingende praktische Überlegungen dafür sprechen, weil das Privateigentum in der Energiewirtschaft bei der Lösung der anstehenden Probleme versagt. Erst die Überführung in Gemeineigentum schafft zulängliche Voraussetzungen für eine größere Wirtschaftlichkeit des Kohlenbergbaus.

Wir wissen, daß die Aufgabe gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen nicht leicht ist. Private Unternehmungen unterstehen dem Prinzip der Gewinnerzielung, dem Prinzip der Rentabilität; sie mögen sich für berechtigt halten, insbesondere in kritischen Lagen gesamtwirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte hintanzustellen. Die Aufgabe eines gemeinwirtschaftlich geführten Industriezweiges ist es, einen optimalen Ausgleich zwischen diesen verschiedenen Interessen herbeizuführen. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Gesamtwirtschaft mit dem Interesse an einer wirtschaftlichen Unternehmensführung und dem Interesse an einer ständigen Besserung der sozialen Lage der Belegschaften so abzustimmen, daß die bestmögliche Gesamtleistung erzielt wird. Das verlangt einen hohen Grad von Verantwortung von der Führung solcher gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Die Organisation eines in Gemeineigentum überführten Kohlenbergbaues muß daher so gestaltet werden, daß sie eine solche verantwortungsbewußte

Führung ermöglicht und, soweit das mit organisatorischen Mitteln zu erreichen ist, sicherstellt.

Lassen Sie mich für die Organisation einer solchen gemeinwirtschaftlichen Ordnung im Kohlenbergbau einige wichtige Grundsätze angeben.

Der erste Grundsatz lautet:

Die Organisation muß ein Höchstmaß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sichern.

Sie muß Raum geben für unternehmerische Initiative, sie muß Raum geben für selbständige Entscheidungsfreiheit, sie muß Raum geben für eigene Verantwortung. Darum lehnen wir eine Verstaatlichung ab. Wir verstehen unter Verstaatlichung die Errichtung von Regiebetrieben und die vielfach übliche kapitalmäßige Beherrschung von Unternehmungen; also Formen, die dem Staat einen unmittelbaren Einfluß auf die Unternehmensführung geben. Wir wissen sehr gut, daß ein großer Einfluß des Staates — und das bedeutet nach der heutigen Struktur von Gesellschaft und Staat: Einfluß der staatlichen Bürokratie — für die Bereitschaft der Unternehmensleitungen zu freier Entscheidung und zur Übernahme von Verantwortung tödlich sein könnte.

Demokratie bedeutet für uns alle: Freiheit zu selbständiger Entscheidung und Freiheit zu eigener Verantwortung. Darum achtet der demokratische Großstaat die Autonomie der Einzelperson, die Autonomie der Familie, die Autonomie frei gebildeter gesellschaftlicher Gruppen und die Autonomie sonstiger Gemeinschaften. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß es im öffentlichen Leben möglichst viel kommunale Selbstverwaltung gibt. In der Demokratie kennen wir im geistigen und kulturellen Leben den Begriff der kulturellen Autonomie. In der Wirtschaft sollten wir dort, wo wir größere Bereiche einer öffentlichen Ordnung unterwerfen, Formen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entwickeln. Deshalb sollte der in Gemeineigentum überführte Kohlenbergbau in Form einer Körperschaft der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geführt werden. Nun wissen wir, daß Großunternehmungen zu zentralistischer Wirtschaftsführung und zu bürokratischer Erstarrung neigen. Ja, wir wissen sogar, daß diese bürokratische Erstarrung auch in den privaten Unternehmungen des Kohlenbergbaus heute nicht nur eine Gefahr, sondern in großem Umfange bereits eine Tatsache ist. Die Organisation gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen muß Raum schaffen für genügend Gegenkräfte, für viel Selbständigkeit und viel wirtschaftlichen Wettbewerb. Darum muß ein Kohlenbergbau in Gemeineigentum als modernes Großunternehmen dezentral organisiert sein. Unter der Dachorganisation sollten selbständige

Tochterunternehmungen mit verantwortlicher Leitung stehen. Die Dachorganisation sollte gesetzlich auf bestimmte Entscheidungen von übergeordneter grundlegender Bedeutung begrenzt sein. Im übrigen müßte die Verantwortung für die Unternehmensführung bei den eingegliederten Einzelunternehmungen liegen.

Ein zweiter Grundsatz müßte sein:

Schaffung einer demokratischen Unternehmensverfassung.

In den Großunternehmungen der Wirtschaft haben sich die Aufsichtsräte und die Vorstände, das sogenannte Management, als wirksame Institutionen der Unternehmensführung erwiesen. Sie haben große Verantwortung und große Macht; aber sie können sich in der heutigen Wirtschaft weder auf eine echte Legitimation berufen, noch unterliegen sie einer effektiven Kontrolle. Die gesetzliche Annahme, daß die Hauptversammlung durch die Wahl des Aufsichtsrates und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat eine Kontrolle über das Management ausübe, ist eine reine Fiktion. Heute sind die Leistungsorgane privater Großunternehmungen, soweit sie nicht von Großaktionären beherrscht werden, in sich selbst ruhende, sich selbst tragende autoritäre Führungsorgane. Der erste Versuch, sie unter Kontrolle zu stellen, wurde mit dem Mitbestimmungsrecht gemacht.

Es wird die Aufgabe einer modernen Organisation des Kohlenbergbaus sein, diese schwerwiegenden Nachteile zu beseitigen und eine echte Legitimation und eine wirksame Kontrolle des Managements sicherzustellen. Deshalb müßte an Stelle der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft ein Vertretungsorgan geschaffen werden, das aus Repräsentanten des unternehmerischen Elements der Wirtschaft, der organisierten Arbeitnehmerschaft und des öffentlichen Interesses einschließlich des allgemeinen Verbraucherinteresses bestehen sollte. Dabei muß sichergestellt werden, daß zu Mitgliedern der Organe von gemeinwirtschaftlichen Körperschaften nur Menschen bestellt werden, die sich der gemeinwirtschaftlichen Aufgabe dieser Einrichtungen verpflichtet fühlen. Wer diese Verpflichtung nicht zu übernehmen gewillt ist, hat keinen Platz in den Organen gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

Und schließlich ein dritter Grundsatz! Wir werden oft vor die Frage gestellt: Wer kontrolliert hier eigentlich wen? Nun, wir überführen Privateigentum nur dann in Gemeineigentum, wenn öffentliche Interessen eine solche Maßnahme verlangen. In einem demokratischen Staatswesen aber gibt es nur ganz bestimmte Organe, die legitimiert sind, das öffentliche Interesse verantwortlich zu vertreten. Das ist das Parlament, das ist die Regierung, und das sind

allenfalls von der Regierung bestimmte Organe, die dieser Regierung verantwortlich sind. Und darum lautet die Antwort auf die Frage: „Wer kontrolliert eigentlich wen?“

Gemeineigentum unterliegt der Kontrolle der hierzu im demokratischen Staatswesen legitimierten Organe.

Es muß daher Vorsorge getroffen werden, daß ein in Gemeineigentum überführter Kohlenbergbau sich im Rahmen der von der Regierung zu verantwortenden Wirtschaftspolitik hält und sich letzten Endes der parlamentarischen Kontrolle nicht entzieht. Wenn wir als Grundregel anerkennen, daß die selbstverantwortliche Leitung eines in Gemeineigentum überführten Unternehmens unter allen Umständen gesichert werden muß, ergeben sich für die Einflußmöglichkeiten von Regierung und Parlament zwangsläufig ganz bestimmte Konsequenzen. Die Zuständigkeit der Bundesregierung bzw. des Bundeswirtschaftsministers als Aufsichtsorgane sollte auf einige wenige, gesetzlich eng begrenzte Einspruchs- oder Genehmigungsrechte im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets, die ja zu unseren wirtschaftspolitischen Vorstellungen gehören, und gegebenenfalls im Rahmen des Energiewirtschaftsplanes beschränkt bleiben. Von diesen Eingriffsrechten dürfte nur in Fällen von grundsätzlicher wirtschaftlicher Bedeutung Gebrauch gemacht werden.

Die parlamentarische Kontrolle kann in einem geordneten Staatswesen nur gegenüber der Regierung ausgeübt werden. Wir wünschen auch im Interesse der politischen Sauberkeit keine organisatorischen oder funktionellen Verbindungen zwischen Parlament und Wirtschaft. Aber wir müssen verlangen, daß die parlamentarische Kontrolle gegenüber der verantwortlichen Regierung in einer so wichtigen Frage wie der Kohlenwirtschaftspolitik effektiv gestaltet und nicht zu einer solchen Farce wird, wie dies heute in Fragen der Bundesunternehmungen der Fall ist.

Darum muß der Bundeswirtschaftsminister verpflichtet werden, dem Parlament jährlich einen Rechenschaftsbericht über die von ihm verfolgte Kohlenwirtschaftspolitik vorzulegen unter Beifügung von Geschäftsbericht und Bilanz der Kohlenunternehmungen. Über den Rechenschaftsbericht sollte das Parlament Entlastung erteilen. Zur Abrundung der Vorstellungen, die wir über die Ordnung eines in Gemeineigentum überführten Industriezweiges haben, noch drei Bemerkungen: Wenn Privateigentum und Gemeineigentum, jedes an seinem Platze, anerkannt werden, dann ist es selbstverständlich — es braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden — daß für die Entziehung von Privateigentum eine ange-

messene Entschädigung gezahlt wird. Zweitens: öffentliche Unternehmungen müssen eine erhöhte Publizität pflegen, der Öffentlichkeit ohne Vorbehalte Rechenschaft ablegen und so der privaten Wirtschaft als Vorbild dienen. Schließlich: ein in Gemeineigentum überführter Kohlenbergbau sollte grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht unterliegen wie private Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen kurzen Hinweis zu dem Antrag 213 geben, der von der Sorge ausgeht, durch den vorliegenden Antrag würde das Problem der Besteuerung kommunaler wirtschaftlicher Unternehmungen präjudiziert. Wir befassen uns in unserem Antrag nur mit dem Kohlenbergbau, und auf diesen in Gemeineigentum überführten Kohlenbergbau bezieht sich diese Stelle des Antrages. Wir wollten mit diesem Antrag das sehr diffizile Problem der Besteuerung kommunaler Unternehmungen weder berühren noch präjudizieren.

Institutionen können nicht die Politik ersetzen

Ich bin damit am Schluß meiner Darlegungen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, zu einigen Problemen, die in der Partei und in der Öffentlichkeit umstritten sind, eindeutig, klar und rückhaltlos Stellung zu nehmen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine Bemerkung, mit der ich den Faden aufnehmen möchte, den ich zu Beginn gesponnen habe: Ich hatte einen Teilabschnitt der Wirtschaftspolitik zu besprechen, einen kleinen Teilabschnitt aus dem großen Gebiet sozialistischer Wirtschaftspolitik, das sich nicht in der Lösung institutioneller Fragen erschöpfen kann.

Ich möchte deshalb, um Rang und Bedeutung der Fragen des Eigentums richtig klarzulegen, noch einmal wiederholen: Im Vordergrund unserer gesamten Wirtschaftspolitik muß immer die Aufgabe stehen: für die arbeitenden Menschen draußen eine wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, die ihnen das, was sie im Laufe der Zeit errungen haben, nicht unter der Hand wieder fortnimmt (Beifall);

das heißt, wir haben dafür zu sorgen, daß eine wirksame Wirtschafts- und Konjunkturpolitik betrieben wird, die einen stetigen Wirtschaftsaufschwung sichert. Ohne eine solche wirksame Konjunkturpolitik ist alles andere, was wir fordern könnten, eitle Seifenblase.

Unsere zweite Aufgabe ist nicht minder wichtig und wir müssen uns ihr sehr ernsthaft widmen. Das ist die Aufgabe, eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung herbeizuführen.

Erst zu einem dritten Aufgabenkreis, der sich mit den institutionellen Grundlagen der Wirtschaft befaßt, gehören die Fragen, die ich heute zu behandeln hatte. Im Rahmen dieser Ordnungsvorstellungen hat das Gemeineigentum auch und insbesondere für freiheitliche Sozialisten einen wichtigen Platz — einen wichtigen, aber einen bewußt begrenzten Platz.

Darum sind

Privateigentum mittlerer und kleinerer Unternehmungen,
gebundenes Eigentum freier gemeinwirtschaftlicher Organisationen,

gebundenes Eigentum öffentlicher Unternehmungen,
die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht
und Gemeineigentum,

einander bedingende, nur in ihrer gegenseitigen Ergänzung fruchtbare, unverzichtbare Bestandteile einer einheitlichen freiheitlichen sozialistischen Wirtschaftspolitik. (Starker Beifall.)